

Bericht aus dem Grossen Rat – Herbstsession 2023

Nora Soder, GRÜNE Kanton Bern

Die Kostenstrategie NA-BE. Ausserordentliche Aufwände Nothilfe 2024-2027 wurde besprochen. Leider fanden alle Planungserklärungen keine Mehrheit. U.a. wurde gefordert, dass die Unterbringung von Familien mit Kindern und alleinstehenden Frauen gemäss NKVF-Empfehlung umgesetzt wird. Weiter wurde gefordert, dass Rückkehrzentren so ausgestattet werden, dass sie gemäss UNO-Kinderrechtskonvention den Bedürfnissen von Kindern Rechnung tragen und, dass Sicherheit und Schutz vor Gewalt sicherzustellen sind. Nicht einmal die Planungserklärung der Mehrheit aus der Sicherheitskommission fand im Ratssaal eine Mehrheit. Dieser war folgender: «Die Möglichkeiten von Art. 17 EG AIG und AsylG sind auszuschöpfen. Auch bei der Unterbringung und Betreuung von besonders verletzlichen Personen ist Privatunterbringung in Betracht zu ziehen.». Die Kostenstrategie wurde anschliessend mit 106 Ja-Stimmen, 37 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen gutgeheissen.

Mit einer Motion wollten Christa Ammann (AL), Tanja Bauer (SP) und ich (Nora Soder, Grüne), dass Dublin-Rückführungen nach Kroatien ausgesetzt werden. Die Ratsmehrheit folgte leider der Empfehlung des Regierungsrates Philipp Müller und sah kein Handlungsbedarf. Damit verneinte die Ratsmehrheit, dass in Kroatien Push-backs stattfinden und Polizeigewalt alltäglich ist, obwohl mehrere NGOs das Gegenteil aufzeigen.

Leider wurde wieder einmal auf dem Buckel von Flüchtenden Politik gemacht und gegen Asylsuchende gehetzt. Die Motion von Grossrat Knutti mit dem Titel «Mehr Schutz für Mieterinnen und Mieter aufgrund der angespannten Asylsituation» war eine reine Wahlkampfaktion im Hinblick auf die Nationalratswahlen im Oktober. Zum Glück wurde sie zwar angenommen, aber mit deutlicher Mehrheit anschliessend abgeschrieben.

Weiter wurde die Kostenstrategie Asyl- und Flüchtlingsbereich 2024 – 2027 vorgelegt. Leider wurde die Planungserklärung «Minimalanforderungen Unterkünfte» welche von der Mehrheit der Gesundheits- und Sozialkommission formuliert wurde und von linker Seite unterstützt, nicht angenommen. Einzig die Planungserklärung «Sprachförderung für Leute im Verfahren» fand eine Mehrheit. Diese umfasst folgenden Wortlaut: «Es sind den regionalen Partnern Mittel für die professionelle Sprachförderung von Menschen im Asylverfahren zur Verfügung zu stellen».